

Markus Kurth

- (A) mussten und die Große Koalition ihre Versprechen, die Kommunen finanziell zu entlasten, nicht wahrgemacht hat.

(Dagmar Ziegler [SPD]: Aber das stimmt doch gar nicht!)

Das ist ein Grund, warum Kämmerer berechnete Tarifforderungen nur noch mit Bauchschmerzen oder gar nicht mehr erfüllen können. Das ist ein eminent politischer Punkt, und der gehört in den Deutschen Bundestag.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN – Dagmar Ziegler [SPD]: Aber es stimmt doch so nicht!)

Die Große Koalition hat beispielsweise bei der Eingliederungshilfe im Zuge des Bundesteilhabegesetzes ein 5-Milliarden-Paket versprochen, was eine Entlastung für die Kommunen bedeutet hätte. Dieses Paket hat sich in den verschiedenen Verhandlungssträngen der Bund-Länder-Finanzverhandlungen verflüchtigt. Das ist das Problem, über das wir hier reden müssen; denn eine vernünftige Finanzausstattung der Länder und nicht zuletzt der Kommunen ist die Grundlage dafür, dass die Arbeitgeber bei Tarifverhandlungen auf berechnete Forderungen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eingehen können.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn wir schon über Tarifautonomie sprechen, so muss ich doch daran erinnern, dass es die Große Koalition war, die mit dem Tarifeinheitsgesetz ihrerseits die Voraussetzungen dafür geschaffen hat, auch in Tarifautonomie einzugreifen. Das, denke ich, sollte man im Hinterkopf behalten, wenn noch weitere Rednerinnen und Redner der Koalition die Linke zeihen, die Tarifautonomie zu beschädigen. Da sind Sie selbst nicht ganz unschuldig und unbeteiligt.

- (B) (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN)

Als rentenpolitischer Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen muss ich jetzt doch noch auf einen inhaltlichen Punkt der Tarifverhandlungen eingehen, nämlich die Altersversorgung. Das ist ja einer der zentralen Streitpunkte: die Zusatzversorgung des öffentlichen Dienstes. Was macht diese Bundesregierung? Sie versucht – zumindest verbal, ein Gesetz hat sie ja noch nicht eingebracht –, die Betriebsrente zu stärken; das behauptet sie zumindest. Sie möchte, nachdem sie eingesehen hat, dass die Riester-Rente ihre hoch gesteckten Erwartungen nicht erfüllt, die zweite Säule stärken. Es kann ja wohl nicht sein, dass Sie hier auf der einen Seite bundespolitisch etwas aufzubauen versuchen und das dann während der Tarifverhandlungen mit dem Hintern wieder einreißen, indem Sie die Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst schwächen. Das kann nicht funktionieren. Das ist hochgradig widersprüchlich.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN)

Mit Blick darauf muss man schon sagen, dass gerade die Zusatzversorgung im Alter beim öffentlichen Dienst auch ein wesentliches Element der Nachwuchsgewin-

nung ist. In der Nachbarstadt meines Wahlbezirkes, in Essen, gehen in den nächsten 15 Jahren 40 Prozent in der öffentlichen Verwaltung in den Ruhestand. Die haben schon jetzt ein richtig großes Nachwuchsproblem. Systemadministratoren und gute Verwaltungsjuristen bekommen Sie nicht für ein Butterbrot. Sie verdienen in der freien Wirtschaft teilweise sogar ein Mehrfaches.

(Beifall der Abg. Jutta Krellmann [DIE LINKE])

Neben der Arbeitsplatzsicherheit ist eine vernünftige Altersversorgung für diese Fachkräfte eben auch ein Argument, für den öffentlichen Dienst zu arbeiten. Wir alle, auch wir hier als Gesetzgeber, sind darauf angewiesen, dass wir einen guten und funktionierenden öffentlichen Dienst haben. Wer sonst sollte unsere Gesetze umsetzen?

Ich bin allerdings guter Hoffnung, dass die Sozialpartner, dass Verdi das eigenständig hinkommt, ohne dass wir hier Geleitzugdebatten dieser Art führen müssen, wie Sie sie, Herr Schlecht, eröffnet haben. Wir sollten uns auf die politischen Sachen konzentrieren.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat der Kollege Mahmut Özdemir für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Mahmut Özdemir (Duisburg) (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Einige wollen offenbar eine Tradition daraus machen, dass wir im Deutschen Bundestag die Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst begleitend debattieren, und dies, obwohl das Parlament bei den Verhandlungen über die Lohnsteigerungen nach wie vor nicht mit am Tisch sitzt. Deshalb bleibt die Frage nach der rationalen Berechtigung dieser Debatte weiterhin unbeantwortet, unbeantwortet,

(Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE]: Wir kontrollieren schon noch die Regierung!)

obschon Recht und Gesetz eine klare Antwort darauf geben. Artikel 9 Grundgesetz weist die Auseinandersetzung über Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen ganz klar Arbeitgeberverbänden und den Gewerkschaften zu. Jede politische Einflussnahme und Meinungsäußerung zu Forderungen der Arbeitgeber- oder der Arbeitnehmerseite ist damit unzulässig. Die Neutralität der Politik wird im besonderen Fall des öffentlichen Dienstes auch nicht durch den Status des Bundesministeriums des Innern als Verhandlungspartei durchbrochen.

Wir halten fest: Das Anliegen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im öffentlichen Dienst nach einer Lohnerhöhung ist berechnigt. Die konkrete Höhe wiederum ist Sache der Verhandlungsparteien. Diese Haltung ist im Übrigen weder mit dem höflichen Entledigen von Ver-

(C)
(D)

Mahmut Özdemir (Duisburg)

- (A) antwortung noch mit Desinteresse gleichzusetzen. Haltung zugunsten des öffentlichen Dienstes zeigen wir als Sozialdemokraten durch die Wahrnehmung parlamentarischer Pflichten und hier zuvörderst durch verantwortungsvolle Haushaltsgesetzgebung. Der Abschluss der Tarifvertragsparteien muss schließlich auch im Bundeshaushalt abgebildet werden. Niemals haben der Bund oder die Kommunen die Beschäftigten hier im Stich gelassen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Die derzeitigen Forderungen von 6 Prozent Lohnerhöhung und einer Anhebung der Ausbildungsvergütung um 100 Euro bedeuten für die Haushalte von Bund und Kommunen erhebliche Mehrausgaben, die wir zu berücksichtigen haben. Für den Bund würden die Mehrausgaben 1,7 Milliarden Euro und für die Kommunen etwa 5,6 Milliarden Euro betragen. Daher sollten wir besonnen auf das Verhandlungsergebnis der dazu Berufenen warten, statt hektisch und planlos Aktuelle Stunden einzuberufen.

Der öffentliche Dienst braucht eine verlässliche Stellenausstattung, die sich in den Haushalten widerspiegelt. Auf diese Weise zeigt man als Abgeordneter verbindliche Solidarität mit den Staatsbediensteten. Übrigens: Nach drei Verhandlungsterminen sind die üblichen Rituale zwischen den Tarifvertragsparteien hinreichend zelebriert. Die Feuerwehrleute, die Beschäftigten bei der Müllabfuhr, die Erzieherinnen und Erzieher in den Kliniken und in der Pflege warten jetzt auf einen vernünftigen Verhandlungsabschluss. Im Interesse aller Betroffenen hoffe ich persönlich daher auf einen reibungslosen, gerechten und für beide Seiten guten Gewissens vertretbaren Abschluss.

Obwohl wir als Parlament nicht am Verhandlungstisch sitzen, sollten wir die heutige Debatte, da sie nun einmal einberufen ist, als Anstoß dazu nutzen, auf Verbesserungen der gesetzgeberischen Rahmenbedingungen hinzuwirken; denn der öffentliche Dienst muss auch weiterhin gefragt und begehrt sein. Hierzu zählen in der aktuellen Entwicklung für mich zwei Punkte.

Der Ausschluss von sachgrundlosen Befristungen gehört ins Gesetz.

(Beifall der Abg. Mechthild Rawert [SPD] und Jutta Krellmann [DIE LINKE])

Eine Belastung der Tarifvertragsparteien mit diesen Aufgaben dürfen wir nicht zulassen. Hier müssen wir als Gesetzgeber eine ganz klare Entscheidung treffen. Insbesondere jungen Beschäftigten in öffentlichen Beschäftigungsverhältnissen müssen wir Sicherheit geben, wenn wir von ihnen erwarten, dass sie in diese Gesellschaft investieren, vom Ehrenamt bis in die Rentenkassen.

(Beifall bei der SPD)

Die Wertschätzung des öffentlichen Dienstes drückt sich letztlich nicht nur in Lohnsteigerungen aus. Vielmehr muss das Parlament mit dem Haushalt auch die konkrete personelle Ausstattung gewährleisten. Deshalb müssen wir die Aufstockung bei der Bundespolizei um

- 3 000 Stellen auch in anderen Bereichen konsequent als Beispiel nehmen. Wie wichtig haushalterischer Spielraum ist, um eine entsprechende Personalausstattung zu erhalten und aufzubauen, zeigen unsere Kommunen, seitdem in dieser Wahlperiode auf maßgebliche Initiative der SPD immense Anstrengungen unternommen worden sind, Städte und Gemeinden von Kosten zu entlasten.

(Beifall der Abg. Mechthild Rawert [SPD])

Da komme ich zum Bundesteilhabegesetz. Wenn Sie von einer geplanten Entlastung in Höhe von 5 Milliarden Euro sprechen, dann dürfen Sie nicht unter den Tisch kehren, dass bis dahin durch eine Finanzierung in den Haushalten 2015, 2016 und 2017 eine Brücke gebaut worden ist.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Markus Kurth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja, wie viel denn?)

– Lesen Sie es im Haushalt nach; Sie haben mit am Tisch gegessen.

Unser öffentlicher Dienst ist im Kontext des Flüchtlingszuzuges besonders in Vorleistung gegangen. Vom Bund bis in die Kommunen haben die Beschäftigten Überstunden angehäuft und das Bild von Bürokraten in verstaubten Amtsstuben vollends aus den Köpfen verdrängt. Aber die Anhäufung von Überstunden ist gleichsam ein Zeichen für eine mangelhafte Stellenausstattung. Hier müssen wir ganz dringend nachsteuern.

(Beifall bei der SPD)

- (D) Die angemessene Würdigung des öffentlichen Dienstes basiert nun auf einer kompromissfreudigen Kooperation zwischen dem Bundesministerium des Innern und den Kommunen auf der einen Seite und den Beschäftigtenvertretern auf der anderen Seite. Diese Kooperation ist der Garant für einen soliden Abschluss. Ich wünsche den Verhandlungsparteien in der nächsten Verhandlungsrunde gute Gespräche und einen würdigen Abschluss im Sinne unseres Gemeinwesens.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit und ein herzliches Glückauf.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Armin Schuster [Weil am Rhein] [CDU/CSU])

Vizepräsidentin Petra Pau:

Für die CDU/CSU-Fraktion hat der Kollege Oswin Veith das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Bernd Rützel [SPD])

Oswin Veith (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich hoffe, die Linke wird verstehen, dass ich es im Namen meiner Fraktion nicht gutheißen kann, dass wir uns mit der von Ihnen aufgesetzten Aktuellen Stunde wieder einmal in laufende Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst einmischen. Sie machen das eigentlich immer so. Vor zwei Jahren standen wir das letzte Mal hier, fast zur selben Zeit. Es ist bei Ihnen ein bisschen